Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 55 (1961)
Heft: 9

Artikel: Was ist Politik?
Autor: Snethlage, J.L.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-140595

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

3 und 8 des Kennedy-Programmes haben zu einer scharfen Reaktion der kommunistischen Staaten geführt, die sich in der Verschärfung der Sperrmaßnahmen in Berlin und in der Wiederaufnahme der Kernwaffenexplosionen äußerte. Man darf nicht übersehen, daß der vorbereitete Beitritt Englands zur EWG eine Erhöhung des Kriegspotentials bedeutet und von der Sowjetunion als Bedrohung beurteilt wird. Auf jede Bedrohung folgt eine entsprechende Abschreckung. Die Sowjetunion betont dabei aber immer wieder, daß sie den Wettlauf der Waffen nur wieder aufgenommen habe, um auf diese Weise eine totale Abrüstung zu erreichen. Nach Auffassung der Sowjetunion ist eine Abrüstungskontrolle nur wirksam bei einer totalen Abrüstung.

Zwar haben die USA als Antwort auf den neuen Vorschlag der Sowjetunion vom 2. 6. 1960 ebenfalls eine Abrüstung in drei Stufen vorgeschlagen. Beim Vorschlag der Sowjetunion beginnt aber die erste Stufe mit dem Verbot der Kernwaffen; im Vorschlag der USA beginnt die erste Stufe mit der Kontrolle. Hätten die USA nicht ihre eigenen Vorschläge vom Jahre 1955 zurückgezogen, so wäre es nicht zu einer Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche gekommen. Wie der Moskauer Korrespondent des «Tages-Anzeigers» Zürich berichtete, hält die Sowjetunion eine Kontrolle für sinnlos, wenn der Westen eine totale Abrüstung ablehnt.

Chruschtschew und Kennedy wissen beide sehr wohl, daß ein totaler Krieg mit Anwendung von Kernwaffen zum Untergang der weißen Rasse führen und nur der gelben Rasse gewisse — auch für sie sehr fragwürdige — Vorteile bringen würde. Auch nach den Maßnahmen vom August 1961 lehnen Ost und West einen Krieg mit atomaren Waffen ab. Doch würde sich die Gefahr eines Zufallkrieges erhöhen, wenn jetzt noch weitere Länder zur atomaren Bewaffnung übergehen. *Dr. A. Gelpke* (Zürich)

(Aus: «Die Andere Zeitung», Hamburg, 14. Sept. 1961, gekürzt.)

Was ist Politik?

Ein alter Freund und Leser der «Neuen Wege», *Dr. J. L. Snethlage* in Amsterdam, hat kürzlich ein, wie wir glauben, wertvolles, in eine bessere Zukunft weisendes Buch «*De Politiek*» veröffentlicht. Statt einer eigenen Besprechung haben wir den Verfasser ersucht, uns einige Leitgedanken des Werkes, das seinen Gegenstand «in ethischer, psychologischer und philosophischer Beleuchtung» zeigt, in unserer Zeitschrift zu entwickeln. «Die Aufgabe ist schwierig», schreibt er uns; unsere Leser werden gleichwohl dem Gedankengang des Verfassers mit Gewinn folgen. H. K.

Anschließend an Plato und Kant definiere ich die Politik als das Kulturgebiet, dessen Ziel es ist, mit den Machtmitteln des Staates auf

dynamische und auf die Zukunft gerichtete Weise ein harmonisches Zusammenleben zustande zu bringen. Es gibt keine Politik ohne Macht, weder in einer Demokratie noch in einer Diktatur. Daneben bleibt jedoch das sittliche Moment gültig, das im Begriff der Harmonie beschlossen liegt. Sobald politisches Handeln im Streben nach Macht aufgeht, ist es keine Politik mehr, sondern das, was Plato «das Schattenbild der Politik» und was Kant «Afterpolitik» genannt hat.

Auch die Ethik setzt sich die Harmonie des Wollens und Handelns zum Ziele, gebraucht dabei aber keine Machtmittel, da dies ihrem Wesen widersprechen würde. Auch sie gibt das an, was sein soll, und versucht dazu zu überreden, erzwingt es aber nicht durch Gesetze.

Wie verhält sich die Politik zum Recht? Das Recht ist ein Wille, der ebenso wie die Politik das, was sein soll, erzwingen will. Jedoch ist dieses Sein-Sollende im Rechte bereits konsolidiert und in Gesetzen festgelegt. Das Recht erhält die bestehende Ordnung. Es ist also nicht dynamisch auf die Zukunft, sondern statisch auf den Status quo gerichtet. Das Objekt der Politik ist jedoch nicht das, was schon in Gesetzen festgelegt ist, sondern auch das, was in neuen Gesetzen niedergelegt werden soll.

Auch von der Soziologie distanziert sich die Politik. Die Soziologie untersucht, was in Individuen und Völkern lebt, wie sie denken, wollen, handeln, und nicht — wie die Politik — wie sie denken, wollen, handeln *sollen*.

Nachdem ich nun den politischen vom ethischen, juristischen und soziologischen Standpunkt abgegrenzt hatte, konnte ich mit um so größerem Nachdruck den normativen Charakter der Politik zur Geltung bringen. Ich verstehe darunter, daß die Politik nicht auf subjektiven Meinungen und Wünschen, sondern auf der objektiven Kenntnis der Gesellschaft beruhen soll. Die ganze platonische Philosophie beruht auf dem Unterschied zwischen subjektiver Meinung (doxa) und objektiver Kenntnis (episteme). Dieser Standpunkt steht in schärfstem Gegensatz zu den Auffassungen der westlichen Welt über die Grundprinzipien der Politik, wo die Politik ja gänzlich im Zeichen des subjektiven Wünschens und der subjektiven Meinung oder — wie man auch sagt — im Zeichen der «Demokratie» steht. Es gehört jedoch zum Wesen der bloßen Meinung und des bloßen Wunsches, daß sie nicht die geringste Gewähr gegen Illusionismus, Konfusionismus, Dogmatismus und Traditionalismus bieten. Nicht das Nichtwissen im Sinne des Noch-nicht-Wissens, sondern das Nichtwissen, das auf Vorurteilen und Wunschträumen beruht, ist das Gift, das die Politik bis in ihr tiefstes Wesen zersetzt. So könnte man sich fragen, ob die Tatsache, daß unsere westliche Welt zwei katastrophale Weltkriege in einer Generation nicht verhindern konnte und der Entstehung einer neuen Gesellschaftsordnung nur mit der Drohung eines dritten, alles vernichtenden Weltkrieges begegnet, unvermeidlich war, weil eben auch Staatsmännern menschliche Grenzen gesetzt sind, oder ob die

tiefere Ursache darin zu suchen ist, daß unsere Welt bisher von unsachkundigen Staatsmännern regiert wurde, die an dieselben Wunschträume, Vorurteile und veralteten Traditionen glaubten wie ihre Wähler und die deshalb unfähig waren, einer neuen Weltlage mit Begriff und Einsicht gegenüberzutreten. In einem der folgenden Kapitel, «Staatskunst in unserer Zeit», habe ich versucht, diese Frage zu beantworten.

Ich bezeichnete die universale Harmonie als das Endziel der Politik. Diese universale Harmonie wurde von Leibniz «Gott» genannt (harmonia universalis, id est deus). Tatsächlich meine ich sagen zu können, daß Politik und Religion miteinander verwandt sind, insofern beiden die universale Harmonie als Endziel vorschwebt. Im Zeitalter der kirchlichen Kultur konnten Kirche und Staat harmonisch zusammenarbeiten, da beide — jedenfalls theoretisch — die universale Harmonie erstrebten. Auch bei den Propheten des alten Israels sind Politik und Religion unauflöslich verbunden. In einem Kapitel «Politik und Christentum» bin ich darauf näher eingegangen.

In dem Kapitel «Demokratie» erörtere ich daß, was für die Politik im allgemeinen gilt, nämlich daß sie einen normativen Charakter besitzt und sich eine harmonische Gesellschaft zum Endziel setzt, in vielleicht noch höherem Maße für die Demokratie gilt. Die Demokratie ist in ihrem tiefsten Wesen nicht nur ein formales Prinzip, sondern besitzt auch einen sittlichen Inhalt und richtet sich auf eine Gesellschaft, wie sie sein soll. Dies kommt deutlich in der von Abraham Lincoln gegebenen Definition der Demokratie zum Ausdruck (Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk). «Für das Volk» schließt in sich, daß ein Volk in einer Demokratie die Macht nicht nur formell, sondern auch auf die richtige Weise ausübt. Hier begegnen wir also wieder dem sittlichen Moment, der Richtung zum Guten hin. Es genügt also nicht, daß ein Volk «selbst» regiert, denn es kann sich auch schlecht regieren. Die Geschichte hat oft bewiesen, daß ein Volk auf Grund falscher Belehrung Beschlüsse fassen kann, die regelrecht gegen seine eigenen Interessen gerichtet sind. Das Problem der Demokratie in der westlichen Welt ist denn auch heutzutage in erster Linie nicht mehr die Ausdehnung des Wahlrechtes, sondern die Art und Weise, auf die das Wahlrecht ausgeübt wird. Das Problem ist nicht mehr, daß der Masse ihre formellen Rechte abgesprochen werden, sondern daß das allgemeine Wahlrecht sich wie ein Bumerang gegen sie selbst gekehrt hat. Das Problem ist, daß es jetzt gelungen ist, die Masse zu überreden, eine Demokratie zu verehren, die keine Demokratie ist, eine Freiheit, die keine Freiheit ist, eine Regierung des Volkes und durch das Volk, die keine Regierung *für* das Volk ist. Ausführlich habe ich erörtert, auf welche Weise meines Erachtens diesem verderblichen Prozeß Einhalt zu gebieten ist und wie das «für das Volk» nicht nur in Ehren wieder aufzunehmen, sondern auch mit dem «durch das Volk» zu verbinden ist.

In einem Kapitel «Was ist Wissenschaft?» habe ich die Frage ins Auge gefaßt, ob eine Politik, die auf Normen beruht und sich eine harmonische Gesellschaft zum Ziel setzt, als Wissenschaft anerkannt werden kann. Diese Frage beantworte ich bejahend. Die Wissenschaft strebt nach stets umfassenderer Einheit, Harmonie und Gegensatzlosigkeit. «Alles auf die Einheit zu beziehen», so gab Hegel dem wissenschaftlichen Ideal Ausdruck. Dieser Maßstab der Einheit und Harmonie als Wahrheitskriterium der Wissenschaft gilt auch für so weit von der Naturwissenschaft entfernte Gebiete wie die Ethik und die Politik. Es gibt ein wissenschaftliches Denken, das sich nicht auf die Vereinfachung und Harmonisierung von Naturerscheinungen, sondern auf die Vereinfachung und Harmonisierung des Wollens und Handelns der Menschheit richtet. Seitdem die Menschheit die Frage gestellt hat, was Wissenschaft bedeutet, ist von hervorragenden Denkern niemals bestritten worden, daß das Gebiet der Gesellschaft, nicht weniger als das der Naturwissenschaften, einer wissenschaftlichen Gesetzmäßigkeit zu unterwerfen sei und daß dieser Wissenszweig sogar das höchste und würdigste Zeugnis des Strebens nach Harmonie und Ordnung und das «megiston mathema» (höchste Lehre, Plato) ist. Wir wissen zwar, daß die Wissenschaft in unserer Zeit viel geschmäht wird, da es heißt, daß sie die menschliche Gesellschaft nicht zu einem harmonischen Ganzen umbilden konnte. Dieser Vorwurf erscheint uns jedoch unbillig, da der Begriff «Wissenschaft» hier zu eng aufgefaßt wird. Die wahre Ursache dieser verhängnisvollen Lage sehen wir vielmehr in der Tatsache, daß die Wissenschaft die Welt des Wollens und Handelns noch nicht oder ungenügend beeinflußt und daß ihr der Zugang zu den Gebieten der Ethik und der Politik verwehrt wird. Einfachheit und Gegensatzlosigkeit ist auch in der Ethik und der Politik das Kennzeichen des Wahren.

Die von einer wissenschaftlichen Politik geführte Gesellschaft ist in unserer westlichen Welt noch zum größten Teil Idee, aber diese Idee weist in eine Zukunft, in der sie verwirklicht sein wird. Es ist daher notwendig, daß wir diese Idee ins Auge fassen, da sie bereits jetzt unsere Wertbestimmungen beeinflussen und uns vor dem Irrtum bewahren können wird, als seien augenblicklich geläufige politische Gedanken, auch die der westlichen Demokratien, die einzig möglichen und die einzig wahren.

Schließlich weise ich darauf hin, daß ich, anhand dieser methodischen Gedanken, zur Beendigung des Kalten Krieges, zur Abrüstung und zum Fortschreiten zu einer sozialistischen Gesellschaft aufrufe. Eine deutsche Übersetzung meines Buches wird vorbereitet.

J. L. Snethlage